

WORB / Dienstreglement wurde klar verworfen

# Höhere Löhne hatten keine Chance

**Mit 2515 Nein gegen 737 Ja lehnten die Worberinnen und Worber das Reglement über das öffentliche Dienstrecht ab. Grösster Stein des Anstosses war die vorgesehene Erhöhung des Präsidentenlohns. Kaum überrascht vom deutlichen Resultat sind die Parteien.**

kan. Die Mehrheit des Volkes (bei einer Stimmbeteiligung von 43 Prozent) wollte nicht, was Gemeinderat und Parlament gewünscht hatten: Die Neufassung der Dienst- und Besoldungsordnung samt sprunghaften Erhöhungen der Lohn- und Entschädigungsansätze für den Präsidenten, die Gemeinderäte und Kommissionsmitglieder. Die Mehraufwendungen von 102 000 Franken, welche die Lohnerhöhungen gebracht hätten, war vielen zu viel. Vorab die Bürgergruppe Rüfenacht hatte sich gegen den Entscheid des Parlaments gewandt und innert Kürze die Referendums-Unterschriftenzahl von 200 um ein Vielfaches übertroffen. Dass die Gegnerschaft allerdings allein aus dieser Ecke stammt, glaubt etwa SVP-Präsident Ulrich Wäfler nicht: «Quer durch das ganze Spektrum» hätten sich die Gegner gesammelt, weiss er. Die klare Absage schreibt Wäfler vorab dem im Vorfeld der Abstimmung oft gehörten Argument zu, dass bei einer solch hohen Gemeindeverschuldung keine Lohnerhöhungen akzeptabel seien. Eigentliche Pièce de résistance sei der Präsidiallohn gewesen, der um rund 2000 Franken auf 13 064 Franken hätte aufgestockt werden sollen.

## FDP akzeptiert Volkswillen

Nicht erstaunt ist auch FDP-Präsident Niklaus Mayer, der die Anpassung der

Gehälter und Entschädigungen zwar bedauert, «weil sie wichtig wären», aber den Volkswillen akzeptiert. Mayer befürchtet aber, dass sich die Suche nach geeigneten Leuten für politische Ämter nun noch schwieriger gestalten werde. Mühe mit dem Volksentscheid bekundet die SP; allerdings weniger wegen des Resultats als vielmehr wegen der Art und Weise, wie die Vorlage präsentiert worden war.

## SP spricht von «Zwängerei»

Bereits die Arbeitsgruppe, so SP-Parlamentarier Heinz Gerber, habe zu wenig auf die Brisanz des Themas hingewiesen. Und auch das Parlament habe sich mit der happigen Lohnerhöhung eine «Zwängerei» erlaubt, sagt Gerber. Die SP hatte in der Ratsdebatte vorgeschlagen, den Präsidentenlohn etappiert, nämlich immer am Ende der Legislatur, anzuheben.

Gegen eine solche schrittweise Anpassung wehrt sich Kurt Baum, FWW-Parlamentarier. «Man muss doch klar festlegen, wieviel der Gemeindepräsident verdient», sagt er.

Auch der Variante, die Vorlage aufzusplitten und beispielsweise den Präsidentenlohn aus dem Gesamtpaket auszuliefern, vermag er wenig Gutes abzugewinnen: «Das bringt nichts, das Problem wird dadurch bloss verschoben», sagt Baum. Dass die Besoldungsordnung keine Chance hatte, schreibt er auch dem allgemeinen wirtschaftlichen Druck zu. «Wenn es ums Geld geht, wird es schwierig», meint er. Dass bei vielen der Neid mitgespielt habe, vermutet er. Doch eigentlich sei dies ja absurd, wenn man bedenke, dass Leute in der Privatwirtschaft mit ähnlicher Verantwortung viel mehr verdienen.

KOMMENTAR

# Abfuhr ist keine Lösung

ERICH KOBEL

*Dass die Worber Stimmberechtigten der Vorlage über die Erhöhung der Behördenentschädigungen eine klare Abfuhr bereitet haben, entspricht durchaus den Erwartungen. Wie hätten jene, welche die angespannte Wirtschaftslage am eigenen Portemonnaie spüren, den ohnehin nicht gerade geliebten Politikern eine Lohnaufbesserung zugestehen sollen?!*

*Der Entscheid bedeutet, dass das Thema vorerst aus der politischen Agenda verschwinden wird. Das ist zwar ein Resultat, aber keine Lösung. Es gilt weiter, dass der Worber Gemeindepräsident schlechter entlohnt wird als seine Kollegen in anderen Gemeinden, und die nebenamtlichen Behördenmitglieder bleiben auf Entschädigungen sitzen, die weder sachgerecht noch zeitgemäss sind. Längerfristig kann das (teure) Folgen haben: Es dürfte noch schwieriger werden, erstklassige Bewerberinnen und Bewerber für die Übernahme öffentlicher Funktionen zu gewinnen. Vordrängen werden sich vermehrt Profilineurotiker, denen es eher um die eigene Person als um den Dienst an der gemeinsamen Sache geht.*

*Es sei denn, die Abstimmungssieger nähmen ihre Verantwortung wahr und stellten sich im Herbst als Behördenmitglieder zur Verfügung. Nach einigen Amtsjahren könnten sie dann aus eigener Erfahrung beurteilen, ob die ihnen zugestandenen Entschädigungen wirklich fair sind.*

# Keine Chance ohne offene Diskussion



Acht von zehn Wörbern und Wörberinnen sind der Meinung, dass ihre nebenamtlichen Gemeinderäte mit 500 Franken pro Monat genug verdienen. Das ergab die

Abstimmung vom Wochenende: Nur 23 Prozent der Stimmenden sprachen sich nämlich für höhere Gemeinderatsentschädigungen und einen höheren Lohn für den vollamtlichen Gemeindepräsidenten aus. Dies bei einer Stimmbeteiligung von gut 43 Prozent.

Vor der Abstimmung übte sich allen voran SP-Gemeindepräsident Peter Bernasconi in vornehmer Zu-

rückhaltung. Bernasconi wollte sich beispielsweise nicht mit Paul Huber in einem BZ-Streitgespräch messen; Huber, der mit «seiner» Bürgergruppe Rüfenacht das Referendum gegen die vom Gemeindeparlament bereits beschlossene Aufstockung der Gemeinderats-Abgeltung ergriffen hatte und jetzt als Abstimmungssieger dasteht. «Über den eigenen Lohn spricht man nicht», war die echtschweizerische Devise Bernasconis. Bei einem Jahreslohn von heute 150 000 Franken (neu wären es 170 000 Franken geworden) ein Grundsatz, der akzeptiert werden könnte. Vielleicht hat Bernasconi aber mit seiner Zurückhaltung die Besserstellung für seine nebenamtlichen Ratskollegen und -kolleginnen verschenkt. In einer echten Auseinandersetzung wäre ja nicht

nur Bernasconis Lohn Thema gewesen, sondern auch die 500 Franken pro Monat, die heute in Worb ein Nebenamtlicher «kassiert». Gespräche und Diskussionen wären Gelegenheiten gewesen, um die nebenamtliche Arbeit aufzulisten und darzulegen, was am Abend und in der Freizeit geleistet und was heute nur mit einem besseren Sackgeld abgegolten wird.

Peter Bernasconi hätte eine Diskussion um seinen eigenen Lohn zugunsten der Nebenamts-Politiker in seinem Gemeinderat zulassen müssen. Denn Bernasconi amtiert übers ganze Jahr als Sprachrohr des Rates, so dass die einzelnen Gemeinderäte Worb nicht im gleichen Mass wie die Exekutiv-Mitglieder anderer Gemeinden an die Öffentlichkeit treten.

Eine nächste Urnenabstimmung, an der die Stimmberechtigten Kredite zu genehmigen haben, kommt bestimmt. Der fast fehlende Abstimmungskampf von Seiten Gemeindepräsident und Gemeinderat hat dieses Mal Auswirkungen im eigenen Portemonnaie, doch der «Schaden» wird nicht immer so eng begrenzt bleiben. Und das Resultat vom Sonntag hat wohl bereits bei der Kandidatensuche für die Gemeindevahlen (1. Dezember 1996) Auswirkungen. Wer ist bereit, für 500 Franken im Monat fast die ganze Freizeit für ein politisches Amt zu opfern? Leute, die eine weitergehende Karriere im Auge haben oder sich aus anderen Gründen profilieren wollen, und Idealisten. Für die Parteien wird es schwierig, die Listen zu füllen. *Christine Nydegger*